

## Newsletter

# Flucht, Migration und Integration

KW 20/2018

- I. Aktuelles
- II. Termine
- III. Fachinformationen
- IV. Angebote für Menschen mit unsicheren Aufenthaltsstatus

### I. Aktuelles

#### „Verhetzende Asyldebatte ohne reale Zahlengrundlage“

Pressemitteilung, Die Linke/ Ulla Jelpke, 14.05.18

- Entgegen aller hetzerischen Fehldarstellungen haben **fast alle abgelehnten Asylsuchenden, die seit 2013 nach Deutschland gekommen sind und keinen Schutz- oder Duldungsstatus erhalten haben, Deutschland wieder verlassen.**
- „Zahlen der Bundesregierung ergeben: Von 2013 bis 2017 haben etwa 1,65 Mio. Menschen einen Asylantrag gestellt. Etwa die Hälfte von ihnen hat einen Schutzstatus erhalten oder wird aus rechtlichen, persönlichen oder humanitären Gründen geduldet. Nur gut 24.000 dieser 1,65 Mio. Schutzsuchenden – das sind 1,5 Prozent – halten sich trotz einer rechtskräftigen Ablehnung aus unterschiedlichen Gründen dennoch vollziehbar ausreisepflichtig in Deutschland auf.“
- „Es gibt viele ernsthafte Probleme in Deutschland, die dringend einer Lösung bedürfen. Wir brauchen eine gerechtere Einkommensverteilung, bezahlbare Mieten, gute Löhne, Renten und Jobs. Die Debatte um die Abschiebung abgelehnter Schutzsuchender soll von diesen Problemen ablenken, es handelt sich um eine klassische Sündenbockpolitik.“

[Mehr](#)

---

#### Pressemitteilung: „Vor der Kabinettsitzung: PRO ASYL warnt vor Verabschiedung des Familiennachzugsverhinderungsgesetzes.“

Pro Asyl, 09.05.18

- Die größte Gruppe der Betroffenen sind Menschen, die vor dem Bürgerkrieg in Syrien flüchten. Das syrische Regime behandelt Geflüchtete als Verräter und strebt eine komplette regimetreue Neuordnung der syrischen Gesellschaft an. Auf einer Geheimdienstliste des syrischen Regimes sollen mehr als 1,5 Millionen Namen verzeichnet sein; Millionen von geflüchteten Syrer\*Innen bangen darum, bei Rückkehr in die Fänge des Geheimdienstapparats zu gelangen. Eine Rückkehr und ein Leben mit der Familie im Verfolgerstaat zu forcieren, ist unzumutbar.
- PRO ASYL fordert angesichts der unverändert desaströsen Lage in Syrien subsidiär Geschützten den Familiennachzug unverzüglich zu ermöglichen, da die Familieneinheit nicht im Herkunftsland hergestellt werden kann. Der Gesetzentwurf beinhaltet

weitreichende Einschnitte für die betroffenen subsidiär Schutzberechtigten, ihre engsten Angehörige und die deutsche und europäische Gesellschaft. Aus dem Grundrecht auf Familie wird ein Gnadenrecht des Staates. Der Gesetzentwurf ist unions-, völkerrechts- und verfassungswidrig. An der Realität vorbei und ohne belastbare Zahlen oder Schätzungen wird das Grund- und Menschenrecht auf Familie unverhältnismäßig eingeschränkt.

[Mehr](#)

---

### „Nachzug zu subsidiär Geschützten wird abgeschafft und verhindert.“

Berlin hilft, 09.05.18

- In der Gesetzesbegründung wird erwähnt, dass im Moment bereits Anmeldungen für den Familiennachzug von rund 26.000 Geflüchteten mit subsidiärem Schutz vorlägen.
- **Die Frage, wie und nach welchem Verfahren ab dem 1. August eine Beantragung des Familiennachzuges erfolgen kann und soll, wird nun jedoch gesetzlich nicht geregelt.** Klar ist, dass nach dem Gesetzesentwurf das BAMF die Prüfung vornehmen soll, ob ein Härtefall nach dem nun neu eingeführten §36 a Aufenthaltsgesetz vorliegt oder nicht. Hierzu ist das BAMF jedoch auf die Zuarbeit der jeweils zuständigen Ausländerbehörde und bzw. oder der entsprechenden Auslandsvertretung des Auswärtigen Amtes angewiesen.
- Es ist also erkennbar, dass dieses Verfahren noch aufwendiger und komplizierter sein wird, als die bisherige Nachzugsregelung zu anerkannten Geflüchteten es schon ist.
- Klar ist auch, dass weiteres Personal in den Auslandsvertretungen, beim BAMF oder den Ausländerbehörden nötig sein wird, um eine zügige Bearbeitung zu gewährleisten. Zu erwarten ist hingegen eine Aufstockung hier nicht.
- Besondere Bedeutung bekommen die bekanntermaßen langen Zeitabläufe bei den jeweiligen Auslandsvertretungen. Unterstellt man, dass für die Antragstellung hier wie auch bei der Auslandsvertretung alle erforderlichen Unterlagen und Informationen, gegebenenfalls übersetzte medizinische Gutachten, Pässe, Krankenversicherung, Impfnachweis etc. wirklich schon vorliegen, und sich hieraus nicht schon Verzögerungen ergeben, so ist von einer realistischen Mindest-Verfahrensdauer im genannten Fall über die Botschaft in Beirut von 8-9 Monaten auszugehen.

[Mehr](#)

---

### „Mehr als 37.000 Arbeitsvisa für Migranten“

WAZ, 05.05.18

- Im vergangenen Jahr hat Deutschland 37.427 Arbeitsvisa für Migranten aus Westbalkan-Ländern wie Serbien, Kosovo oder Bosnien und Herzegowina erteilt.
- Ein großer Teil der Visa entfällt auf Zuwanderer, die von der so genannten „Westbalkanregelung“ Gebrauch machen. **Danach hatten auch Migranten, die zwischen dem 1. Januar und dem 24. Oktober 2015 einen Asylantrag in Deutschland hatten, die Möglichkeit, ein Arbeitsvisum für Deutschland zu beantragen – allerdings nur nach unverzüglicher Rückkehr in ihre Heimatländer. Voraussetzung für ein Arbeitsvisum sind darüber hinaus ein verbindliches Jobangebot sowie die Zustimmung durch die Bundesagentur für Arbeit.**
- Es kommt bei Terminen für Visa-Anträge bei den deutschen Vertretungen in Westbalkan-Staaten teils zu erheblichen Wartezeiten. In Belgrad (Serbien) waren es zuletzt im Schnitt sieben Monate, in Pristina (Kosovo) und Sarajewo (Bosnien und Herzegowina) jeweils mehr als ein Jahr.

[Mehr](#)

## II. Termine

### **Demo: „Stoppt den Hass! Stoppt die AfD!“**

27.05.18, 12Uhr II Berlin-Mitte

- Die AfD plant eine bundesweite Großdemonstration in Berlin, um sich als Garant für „Freiheit und Demokratie“ darzustellen. Tatsächlich haben in ihrem Weltbild all diejenigen keinen Platz, die nicht ihrer Vorstellung einer homogenen Gesellschaft entsprechen. Die in weiten Teilen rassistische, völkisch-nationalistische, antifeministische und homofeindliche Agenda der AfD zielt auf Ausgrenzung.
- Wir stehen für eine Gesellschaft ein, in der jede\*r, unabhängig von Aussehen, Glauben und sexueller Orientierung, angstfrei und selbstbestimmt leben kann. Die Menschenrechte sind unteilbar! Wir stehen solidarisch zusammen und werden nicht zulassen, dass die AfD den öffentlichen Raum und die Parlamente mit Hetze überschwemmt. Stoppt den Hass! Stoppt die AfD!

[Mehr](#)

## III. Fachinformationen

### **Arbeitshilfe: Sicherung des Lebensunterhalts während einer Ausbildung für junge Menschen mit Aufenthaltsgestattung oder Duldung**

Der Paritätische Gesamtverband, 2018.

- Für diejenigen, die es geschafft und eine Ausbildung aufgenommen haben, stellt sich die Frage, wie die betroffenen Personen während ihrer Ausbildung ihren Lebensunterhalt sicherstellen können, wenn keine oder zu wenig Ausbildungsvergütung gezahlt wird und welche weiteren Förderleistungen in Anspruch genommen werden können. Insbesondere für Menschen mit einer Aufenthaltsgestattung oder einer Duldung ergeben sich hier vielfältige Probleme, da die Rechtslage dazu widersprüchlich und zum Teil integrationsfeindlich ausgestaltet ist. Die Folge in nicht wenigen Fällen ist: Die Ausbildung muss abgebrochen werden, weil das Existenzminimum nicht gesichert ist.
- In der nun vorliegenden Arbeitshilfe sollen detaillierte **Hinweise zur Problematik der Sicherung des Lebensunterhalts während der Ausbildung** gegeben werden.

[Mehr](#)

---

### **Leitfaden: „Beantragung einer Psychotherapie für Geflüchtete“**

Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAFF), 2017.

- Die Inanspruchnahme und Finanzierung ambulanter Psychotherapien für Geflüchtete beruht auf einem rechtlich komplexen System. Ob eine Therapie finanziert wird und bei wem diese durchgeführt werden kann, hängt von vielen unterschiedlichen Faktoren ab. Zum einen ist dies auf Patient\*innenseite abhängig vom Aufenthaltsstatus. Zum Teil ist außerdem die Dauer des Aufenthaltes in der Bundesrepublik maßgeblich.
- Diese Arbeitshilfe soll anschaulich darstellen, **welchen Personen welche sozialrechtlichen Ansprüche zustehen und wie sich dies auf die Gesundheitsversorgung allgemein und insbesondere die Psychotherapie auswirkt**. Dabei soll zudem auf die Voraussetzungen eingegangen werden, die Psychotherapeut\*innen erfüllen müssen, um Geflüchtete zu behandeln.

[Mehr](#)

---

---

**Erfahrungsberichte: Hört uns an: Kinder und Jugendliche ohne Aufenthaltsstatus erzählen ihre Geschichten'**

PICUM, 2018.

- Die Erfahrungsberichte schenken Migrantenkindern und Jugendlichen sowie ihren Eltern, Unterstützern und unterstützenden Organisationen Gehör, um die Realitäten von Kindern und Jugendlichen ohne Aufenthaltsstatus in ganz Europa darzustellen.

[Mehr](#)

---

**Studie: „Es darf nicht an Papieren scheitern. Theorie und Praxis der Einschulung von papierlosen Kindern in Grundschulen“**

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), 2015.

- Die hier vorgelegte Studie beruht auf einer telefonischen Umfrage in 100 Grundschulen in allen Bundesländern, bei der um Auskunft gebeten wurde, ob Kinder ohne Meldebestätigung in der Schule angemeldet werden können. In einem Fallbeispiel wurde deutlich gemacht, dass ein Kind ohne Kenntnis der Ausländerbehörde, also „illegal“, im Land lebt. Auch diese **Kinder haben einen Rechtsanspruch auf Schule** und sollten ohne Angst vor Aufdeckung zur Schule gehen können.
- Dies war zumindest die Intention einer **Änderung des Aufenthaltsgesetzes im November 2011, als Schulen von behördlichen Übermittlungspflichten explizit ausgenommen wurden.**
- Bei 62 Prozent der Schulen wurde kein gangbarer Weg zur Schulanmeldung des papierlosen Kindes aufgezeigt oder angedeutet. Häufig sind Schulen unsicher und verweisen an höherrangige oder spezialisierte Stellen in der Bildungsadministration. Auch dort wird von der Hälfte der Stellen keine positive Aussage zur Schulaufnahmemöglichkeit getroffen. Die protokollierten Begründungen zeigen, dass in vielen Schulen ein Bewusstsein dafür fehlt, dass jedes Kind einen Rechtsanspruch auf Bildung hat. Der Bildungsanspruch papierloser Kinder wird zum Teil explizit abgelehnt. In einigen Schulen wurde sogar irrtümlich angenommen, dass die Polizei informiert werden muss.

[Mehr](#)

---

**Arbeitshilfe: 15 Punkte für eine Willkommensstruktur in Jugendeinrichtungen**

Amadeu Antonio Stiftung/Ju:an, 2015

- Für die Umgestaltung und Erweiterung der Angebote des nonformalen Bildungsbereichs für Jugendliche mit Fluchterfahrung braucht es mehr als die vielfach ausgerufenen »Willkommenskultur«. Denn es geht um eine Erweiterung und Veränderung bestehender professioneller Strukturen in der Jugendarbeit - inklusive rechtlicher und institutioneller Vorkehrungen. Nur so kann Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung eine chancengerechte Teilhabe und eine langfristige Perspektive ermöglicht werden.
- Was kann konkret getan werden, um Einrichtungen erfolgreich für Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung zu öffnen und eine nachhaltige Willkommenskultur, oder besser: Willkommensstruktur zu etablieren?

[Mehr](#)

---

**Broschüre: Neue Nachbarn. Vom Willkommen zum Ankommen.**

Amadeu Antonio Stiftung & Pro Asyl, 2015

- Das Heft klärt über die Situation der Geflüchteten in Deutschland auf und zeigt beispielhaft die vielfältige Arbeit mit Flüchtlingen auf. Ein spezielles Augenmerk liegt auf
-

der Lage besonders schutzbedürftiger Menschen wie Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderungen oder LGBTI\*Q.

- Die Broschüre kann Unterstützenden helfen, nach dem »Willkommen-Heißen« den nächsten Schritt zu gehen und eine **umfassende Ankommensstruktur aufzubauen, die eine dauerhafte Inklusion von Flüchtlingen in die Gesellschaft ermöglicht**. Das bedeutet, bereits bestehende professionelle Strukturen zu erweitern und so zu verändern, dass Geflüchteten eine langfristige Perspektive und eine chancengerechte Teilhabe an der deutschen Gesellschaft möglich wird. Denn ein »Willkommen« signalisiert zunächst nur das Empfangen eines Gastes und die Integration in Bestehendes. Nun gilt es dafür zu sorgen, dass diese Gäste unsere Nachbar\_in-nen werden und bleiben und die Möglichkeit bekommen, aktiv und selbstbestimmt zu partizipieren und Neues zu schaffen.
- Ob der Aufbau einer solchen Ankommensstruktur gelingt, hängt vor allem von der Bereitschaft der Beteiligten ab, gemeinsam konstruktive Lösungen zu erarbeiten. Dafür ist eine breite Vernetzung notwendig – Verantwortliche der Verwaltung, der Bildungseinrichtungen, der Wirtschaft und der Politik müssen in die Pflicht genommen werden, um die Engagierten in den Willkommensinitiativen und die Selbstorganisationen von Geflüchteten zu unterstützen und zu entlasten.

[Mehr](#)

#### IV. Angebote für Menschen mit unsicheren Aufenthaltsstatus

##### Online-Beratungsangebot für queere Flüchtlinge

<http://www.queer-refugees.de>

- Die mehrsprachige Webseite richtet sich vor allem an geflüchtete LSBTI-Personen, aber auch an Helferinnen und Helfer und bietet neben aktuellen Ankündigungen, zahlreiche **Infomaterialien und eine Karte mit den Anlaufstellen für geflüchtete LSBTI-Personen** in ganz Deutschland.
- Die Webseite ist im Rahmen des Projektes "**Queer Refugees Deutschland**" entstanden, welches vor dem Hintergrund entstanden ist, dass "in Deutschland angekommen, für viele LGBTI die Flucht noch nicht vorbei ist. Zu der existenziellen Unsicherheit, die mit den oft langwierigen und schwierigen Asylverfahren verbunden ist, kommen Erfahrungen von Rassismus, aber auch von LGBTI-Feindlichkeit hinzu". Besonders in Flüchtlingsunterkünften und Integrationskursen würden Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen von LGBTI offenbar "eher die Regel als die Ausnahme" sein.

[Mehr](#)